

Es biedert mich an

Zu: „Abwrackprämie für Ölheizungen gefordert“, FR-Wirtschaft vom 12.8.

Es ist ein aufregender Tag. Heute werden viele Kinder in Hessen ihren ersten Schultag erleben. Ich schreibe meinen ersten Leserbrief. Alles aufregend. Ja, ich habe mich aufgeregt, und die Aufregung ebbt nicht ab. Liebend gern lese ich in der FR noch einige erhellende und sorgfältig recherchierte Zusatzinformationen am Folgetag. Es käme Bewegung in die Politik, aha. Im Artikel sind viele aufgeschreckte Vorschläge und Verbote zu lesen. Das kennt man ja seit fff. Sehr gut recherchierte Information am Schluss. Eigentlich wie immer im Leben: Das Beste kommt zum Schluss. Ich krieg mich immer noch nicht ein... Das Mobilitätsverhalten unser Volksvertreter, die Vorschläge machen und Verbote einführen wollen. Sagenhaft. Hat man doch schon immer gemunkelt und böse getratscht über diese Grünen. Die neuen Grünen, die von der CSU, überholen nun alles und jeden. Hat man doch im CSU-geführten Entwicklungsministerium herausgefunden, welche Abgeordneten am häufigsten den Flieger nutzen. Eieiei, Überraschung, die Zuvielflieger sind die Grünen. Kann ja passieren. Verhalten kann man ändern. Aber nein, was machen die Grünen – sie leisten Klimaschutzleistungen. Sie können es halt, sie haben die Kohle von uns Steuerzahlern erhalten. Man darf ungehemmt CO₂ ausstoßen und Geld bezahlen. Weil man es kann. Und meine lieben Biedererinnen und Biedererinnen sowie Biederer* von den Grünen: Es biedert mich an. Ich rege mich auf!

Monika Sperzel, Butzbach

Aber bei uns bleibt der Himmel blau

Da werden sich die Vorstände der privatisierten Wohnungsgesellschaften freuen, wenn der Staat die Verschrottung der alten Heizungen bezahlt. Die restlichen Kosten werden dann auf die Mieter mit acht Prozent pro Jahr umgelegt. Die Mieter schaffen das leicht und werden begeistert CDU wählen. Wo bleiben dann die ausgebauten alten Heizungen? Ich denke, in Afrika ist noch Platz. Aber bei uns bleibt der Himmel blau. Joachim Kietzmann, Bruchköbel

Wir Bürger sollen an allem schuld sein

Wir Bürger in der deutschen Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft essen zu viel Fleisch, produzieren zu viel Müll, Plastik, CO₂ und NOx und werfen zu viele Lebensmittel weg. Wir Bürger sollen an allem schuld sein. Und was machen unsere Groko-Politiker in Krisenzeiten, die uns zu diesem angeblichen Lotterleben nach dem Krieg und dem deutschen Wirtschaftswunder erst angestiftet hatten? Sie schenken uns während der Banken- und Eurokrise die Abwrackprämie für alte Autos. Und in der Weltklimakrise fordert nun die CDU-Parteivorsitzende Kramp-Karrenbauer eine Abwrackprämie für Ölheizungen und eine „grüne Null“. Hoffentlich landen die alten Ölheizungen nicht in den Weltmeeren!

Roland Klose, Bad Fredeburg

Der gegenwärtige Kurs führt uns in die Katastrophe

Warnung des Weltklimarat: „Anders essen“, „Die Erde ist überlastet“ und „Ausbau der Windkraft stockt“, FR-Tagesthema vom 9.8., FR-Wirtschaft vom 29.7. und 10.8.

Zunehmende Bevölkerung bedroht das Klima

In dem Artikel berichtet Joachim Wille vom jüngsten Report des Weltklimarates. Davon ist eigentlich nichts in Abrede zu stellen. Ein sehr gewichtiger Faktor fehlt allerdings auch hierbei wieder, wie meistens in solchen Berichten. Unter all den radikalen Forderungen fehlt die nach einer radikalen Reduzierung der Weltbevölkerung. Nicht dass wir dann so weitermachen könnten wie bisher, aber die Gesamtsituation würde sich in einem bedeutenden Maße verringern. Die FR hat sich vor einiger Zeit einmal des Themas angenommen. Die Wahnsinnskurve des Bevölkerungswachstums ist mir in Erinnerung. Folglich sollte man nicht nur die globale Durchschnittstemperatur der vorindustriellen Zeit im Auge haben, sondern auch die Zahl der Menschen auf diesem Planeten zu jener Zeit. D.h. eine Halbierung der heutigen Weltbevölkerung wäre durch Familienplanung auf mittlere Sicht anzustreben. Aussagen wie im IPCC-Report, dass der Klimawandel die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung zunehmend bedrohe, kann man auch umdrehen, indem man formuliert, dass die zunehmende Weltbevölkerung die Ernährungssicherheit und das Klima bedroht. So wird eher ein Schuh daraus.

Klaus Boll, Frankfurt

Keine Erde hält so viele Menschen aus

Wir können uns weltweit jede Maßnahme ersparen, wenn nicht gleichzeitig das Problem der Bevölkerungsexplosion gelöst wird. Dem Weltklimarat fehlt leider (wie auch allen Politikern in Deutschland) der Mut zu sagen, dass das Wachstum der Erdbevölkerung dringend gestoppt werden muss. Dann löst sich nicht nur beim Klimaproblem vieles von selbst. 1960: drei Milliarden, 2000: sechs, 2015: 7,5 Mrd. Zurzeit weltweit jährliche Zunahme: 86 Mio., das heißt etwa alle elf Jahre eine Milliarde mehr Menschen! Das hält keine Erde aus. Das bedeutet steigenden Ressourcenverbrauch auf allen Gebieten, steigenden Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, nicht nur von CO₂ (es kann gar nicht so viel CO₂ eingespart werden wie jährlich 86 Mio. mehr Menschen neu produzieren!), unkontrollierte Vermüllung mit gleichzeitiger Überfischung der Meere, noch mehr (Regen-)Waldabholzung und Raubbau für neues Ackerland und dadurch drastisch steigende Probleme bei der Welternährung.

Die zügellos wachsenden Mega-Metropolen in Afrika, Asien und in Teilen Lateinamerikas sind jetzt schon nicht mehr in der Lage, eine gesicherte hygienische Wasserversorgung aufrechtzuerhalten. Und das hat nichts mit „Klima“ zu tun, sondern mit dem Zusammenbruch der Infrastruktur aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums und der damit einhergehenden unkontrollierten Landflucht.



Das Flussbett der Schwarzen Elster ist in Brandenburg teilweise ausgetrocknet.

DPA

Um im größeren Maße CO₂ zu binden, müsste auch in Deutschland eine massive Aufforstung erfolgen, anstatt noch mehr Flächen durch weitere Einwanderung zuzubetonieren (Wohnungsbau). Wir sind bereits jetzt eines der am dichtesten besiedelten Länder der Erde. Den Politikern empfehle ich dringend, die „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome zu lesen,

Von daher benötigen wir als erstes einen „Bevölkerungs- bzw. Wachstumsgipfel“ und keinen Klimagipfel. Roland Berens, Verl

Wir müssen noch mehr Druck aufbauen

Der Weltklimarat warnt zum x-ten Mal und ruft diesmal zusätzlich die „Alarmstufe Rot“ aus. Bisher haben die Mahnungen wenig genutzt. Wir machen weiter wie bisher und haben mehr Sorgen, dass wir unser Steak nicht mehr grillen dürfen, als dass Teile der Welt unbewohnbar werden, oder, was für uns etwas greifbarer ist, dass unsere Wälder sterben. Die Politik versucht nach wie vor, abzuwiegen und das Problem kleinzureden. Darüber hinaus gibt es Politiker wie Trump und Bolsonaro, die den Klimawandel rundweg leugnen und die drohende Katastrophe mit Ihrer Politik noch anheizen (Urwaldvernichtung, Förderung fossiler Brennstoffe und Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen). Aber auch die deutschen und europäischen Politiker argumentieren unter dem Credo „Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze“ mehr für ein kurzfristiges „Weiter so“, als dass sie Klartext reden und den Bürgern sagen, dass wir so nicht weitermachen können. Es wird bestenfalls versucht, mit kleinen Veränderungen auf freiwilliger Basis oder durch finanzielle Anreize die Probleme in den Griff zu bekommen. Dass das nicht funktioniert, ist tausendfach bewiesen.

Was wir brauchen, sind klare Regeln und Vorgaben, die auf Basis der wissenschaftlichen Er-

kenntnisse und Notwendigkeiten kurzfristig umgesetzt werden. Stellen Sie sich vor, der Kapitän der Titanic hätte den Eisberg rechtzeitig gesehen und die Wahl gehabt weiterzufahren, um den Rekord aufzustellen, oder ausweichen und Rekord ade. Er macht eine Umfrage unter den Passagieren, die mehrheitlich, da sie glauben, dass die Titanic ein robustes Schiff ist, den Kurs halten wollen. Wie das ausgegangen ist, wissen wir. Aktuell fahren wir mit der ganzen Erde auf die Klimakatastrophe und das Artensterben zu. Nur dieses Mal sehen wir den Eisberg und wissen, was wir tun müssen. Der bestehende Kurs führt auf jeden Fall in die Katastrophe. Wir, die Bürger, müssen noch mehr Druck aufbauen, damit die Politiker endlich Klartext reden und zielführend handeln. Es kann nicht sein, dass die Politik im Wettbewerb um die größte Zustimmung der Stammtische verharrt. Die Probleme sind so groß, dass sie nur gemeinsam und nicht gegeneinander gelöst werden können, und die Prioritäten sollten langsam auch dem letzten klar sein.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Schmeißt die Lobbyisten aus den Hinterzimmern!

Die Bundesregierung lässt das Errichten neuer klimaschonender Windmühlen stoppen, damit Atom- und Kohlekraftwerke weiterhin unsere Biosphäre vernichten dürfen (FR vom 4.8.2019). Und: „Die Erde brennt“, so die Titelseite. Ursache und Wirkung. Diese Bundesregierung, die Koalition aus CDU, CSU und SPD, ist mit dieser Entscheidung (mal wieder!) Schuld an der schrecklichen Aufheizung unseres einmaligen Heimatplaneten Erde mit allem, was drauf kriecht und fleucht. Das ist ein himmelschreiendes Verbrechen. In der Wirkung vielleicht schlimmer als der Abwurf von ein paar Atombomben. Auf Dauer gesehen.

Diese Bundesregierung handelt nicht im Interesse der Menschen, die sie zu vertreten vorgibt. Sie handelt im Interesse von

Lobbyisten. Sie misshandelt die Welt von heute und morgen. Demokraten, schmeißt die Lobbyisten aus den Sälen und Hinterzimmern!

Ralf-Michael Lübbers, Marienhefe

Die Energiewende ist ins Hintertreffen geraten

Der Einbruch beim Zubau von Windkraftanlagen auf etwa ein Drittel der Werte der Jahre 2014 – 2017 ist schlicht als Katastrophe zu bezeichnen.

Bei dieser Einschätzung geht es natürlich auch um die Arbeitsplätze in der Windbranche, aber sehr viel schwerer wiegt die Tatsache, dass wir mit der Bereitstellung von erneuerbarer Energie ins Hintertreffen geraten. Woher soll der Strom für die zukünftige Mobilität und die verstärkte Nachfrage der Industrie nach Ökostrom denn kommen?

Auch denjenigen, die ernst gemeint Flora und Fauna schützen möchten, muss doch inzwischen deutlich werden, dass das bereits eingesetzte Baumsterben in unseren Wäldern wesentlich größeren Einfluss auf die Naturräume und die Tierwelt haben wird als die Windräder.

Laut einer Studie der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten sterben pro Jahr etwa 115 Millionen Vögel an Glasscheiben und Gebäuden, 70 Millionen werden Opfer des Straßenverkehrs, Windkraftanlagen sind für den Tod von 10000 bis 100000 Vögel verantwortlich. Auch vor diesem Hintergrund braucht es eine realistische Einordnung der Signifikanz in Genehmigungs- und Klageverfahren.

Angesichts der klimapolitischen Notwendigkeit muss die Politik den Behörden und den Richtern dringendst Instrumente zur Verfügung stellen, um hier angemessene Abwägungen vornehmen zu können. Auf die Kommunalpolitik ist dabei allerdings oft kein Verlass; viel zu schnell reden viele lokale Politiker aus opportunistischen Gründen den Ausbauegern das Wort.

Gerhard Schuster, Krieffel

Diskussion: frblog.de/klimarat